

Amtsblatt des Main-Taunus-Kreises

MITTEILUNGSBLATT FÜR ALLE BEHÖRDEN DES KREISES

Herausgeber Kreisverwaltung: Kreisausschuss und Landrat

Nr. 44

07. November

2012

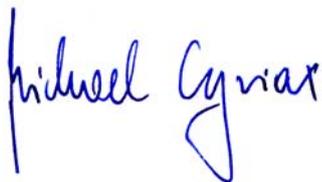
Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013

Der Entwurf der Haushaltssatzung des Main-Taunus-Kreises für das Haushaltsjahr 2013 mit ihren Anlagen liegt gemäß § 97 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung in der Zeit vom 12. bis 22. November 2012 im Landratsamt in Hofheim, Am Kreishaus 1 - 5, Zimmer 3.002, öffentlich aus.

Hofheim, den 6. November 2012

Main-Taunus-Kreis

Der Kreisausschuss



(Michael Cyriax)
Landrat

„Haushalt 2013 – Weiter auf Konsolidierungskurs“ Rede des Landrats Michael Cyriax zur Einbringung des Haushaltsentwurfes 2013 in der Sitzung des Kreistages des Main-Taunus-Kreises am Montag, den 05. November 2012

(Die komplette Rede kann unter www.mtk.org abgerufen werden)

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,
meine sehr geehrte Damen und Herren,

als ich vor genau 371 Tagen hier stand und Ihnen den Entwurf für den Haushalt 2012 vorlegte, schien die Finanzlage in Land, Bund und international düster: Schuldenkrise, Europakrise, Vertrauenskrise – all dies Signale, die uns aufrütteln mussten. Es drohte über kurz oder lang auch im Main-Taunus-Kreis ein finanzielles Problem, wenn wir uns nicht aufraffen würden, den Haushalt in den Griff zu bekommen.

I. Die Ausgangslage

Wir mussten das Notwendige vom Machbaren und vom Wünschenswerten trennen. Wir hatten zu entscheiden: Was können wir uns leisten und was nicht? Eine Entscheidung, vor die sich im Übrigen auch die Städte und

Gemeinden stellen müssen, wie erst kürzlich der Präsident des Landesrechnungshofes Manfred Eibelshäuser hervorgehoben hat.

An der globalen Ausgangslage hat sich seit dem vergangenen Jahr nichts geändert, auch wenn die Zahlen im Main-Taunus-Kreis derzeit eine optimistischere stimmende Sprache sprechen – wie ich gleich noch zeigen werde. Aber da sich die Lage wieder ändern wird, bleibt Konsolidierung das Gebot auch im Jahr 2013.

Weil die Entscheidung über das Nötige und Machbare so wichtig ist, habe ich vor einem Jahr zu einem „Bündnis für solide Finanzen“ aufgerufen. Konsequenz war der Konsolidierungsausschuss, der 2012 auch mehrfach getagt hat. Vertreter aller Kreistagsfraktionen haben sich darin ausgetauscht, wie wir gemeinsam unseren

Haushalt sichern können. Sie haben damit gezeigt, dass Konsolidierung uns jenseits aller Parteigrenzen ein gemeinsames Anliegen ist. Trotz Differenzen in Sachpunkten, wie sie für eine plurale Gesellschaft natürlich sind, zeichnet uns im Main-Taunus-Kreis eine konsensorientierte Politik aus. Für Ihren Dialog und die Bereitschaft an der Haushaltskonsolidierung mitzuwirken, meine Damen und Herren, danke ich Ihnen herzlich.

Heute nun stehe ich vor Ihnen und kann feststellen: Die Anfänge zur Konsolidierung sind gemacht, wir sind auf dem Weg. Wir müssen vorbauen: Die Winde der gesamtwirtschaftlichen Wetterlage können jederzeit drehen, führende Forschungsinstitute haben bereits zurückhaltende Prognosen vorgelegt und auch die Bundesregierung hat ihre Konjunkturerwartungen für 2013 schon zurückgeschraubt.

Nun also zum Etat 2013 und seinen Schwerpunkten. Gehen wir im Folgenden kurz auf die wichtigsten Eckdaten des Haushaltsentwurfs ein. Anschließend lenken wir den Blick auf einige wichtige Handlungsfelder, die uns 2013 und darüber hinaus besonders beschäftigen werden.

II. Die Eckwerte des Haushalts 2013

Auch 2013 ist der ausgeglichene Haushalt unser oberstes Ziel. Tatsächlich haben sich die Einnahmen günstiger entwickelt, als es sich noch 2011 abzeichnete. Höhere Steuereinnahmen in den Kommunen aufgrund der verbesserten Wirtschaftslage bringen über die Umlagen mehr Geld in unsere Kassen. Aber immer noch stehen den Erträgen in Höhe von 323,4 Millionen Euro Aufwendungen von 324,3 Millionen gegenüber, im Saldo haben wir also ein Defizit von rund einer Million Euro. Wir können es aus den Rücklagen der Jahre 2008 und 2009 decken; nach der Definition der Hessischen Gemeindeordnung gilt daher unser Haushalt als ausgeglichen.

Gewiss: die höheren Einnahmen in den Kommunen bringen uns über die Kreisumlage 18,6 Millionen Euro mehr in die Kasse als im ablaufenden Jahr, und damit übertreffen wir das Niveau von 2009 – haben also einen neuen Rekord.

Aber: diesem Einnahmeplus steht ein für das laufende Jahr veranschlagte Defizit von 9,9 Millionen Euro gegenüber, das wir ausgleichen müssen.

außerdem müssen wir fünf Millionen Euro zusätzlich an den Landeswohlfahrtsverband abführen.

Dann haben wir noch einige Aufwendungen, die uns als Klinikträger und als Partner in der Region geboten erscheinen und die ich gleich noch näher erläutern werde: drei Millionen Euro für eine „Teilentschuldung“ unserer Kliniken und fast 1,4 Millionen Euro für die Planungsgesellschaft der Regionaltangente West.

Hinzu kommen höhere Abschreibungen und Tarifsteigerungen; wir müssen dafür jeweils 1,9 Millionen zusätzlich einplanen.

Wie jeder anhand dieser Mehraufwendungen nachrechnen kann, verwandeln sich unsere Haushaltsverbesserung gegenüber dem Jahr 2012 in ein rechnerisches Minus von 4,5 Millionen - zunächst.

Die Kämmerei hat gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen Dezernenten alle Ämter zu strengster Haushaltsdisziplin aufgerufen. Durch ein Verschieben und Streichen von Maßnahmen ist es gelungen, die Ausgaben im Ergebnishaushalt zu deckeln, so dass wir das rechnerische Minus von 4,5 Millionen Euro auf ein Defizit von 863.000 Euro drücken konnten.

Doch niemand kann uns garantieren, dass uns in Zukunft eine gesamtwirtschaftliche Flaute erspart bleibt, die unseren Haushalt tief in die roten Zahlen schieben könnte. Folglich haben wir eindeutige Signale für eine langfristige Konsolidierung über 2013 hinaus gesetzt, beispielsweise bei den Schulden. Während wir im aktuellen Haushaltsjahr 17,7 Millionen Euro neu aufnehmen, werden es 2013 nur noch 1,9 Millionen Euro sein – also lediglich ein Zehntel der aktuellen Summe. Daher steigen unsere Gesamtschulden bis zum Ende des kommenden Jahres nur gering: von 313,4 auf 315,3 Millionen Euro.

Gleichwohl wird der Main-Taunus-Kreis im kommenden Jahr immerhin rund 24,4 Millionen Euro investieren können; der Löwenanteil fließt dabei in unsere Schulen. Wir sparen uns folglich nicht kaputt, sondern wissen sehr genau, was das Herzstück der Kreispolitik ist und bleibt. Wir denken aber auch über 2013 hinaus und strecken die Investitionen der kommenden Jahre. Die Taktzahl haben wir verringert – das Ziel aber steuern wir weiter an: flächendeckend sanierte und modernisierte Schulen.

Nun zu einem Punkt, der für unsere Städte und Gemeinden von zentraler finanzieller Bedeutung ist: die Kreis- und Schulumlage. Unterm Strich bleibt der Hebesatz gleich (53,1 Prozent). Zwar erhöhen wir die Kreisumlage von derzeit 37 Prozent auf 38,2 Prozent. Gleichzeitig senken wir die Schulumlage von 16,1 auf 14,9 Prozent. Diese Quote reicht, um unsere Ausgaben bei den Schulen zu decken. Durch die Einnahmeverbesserungen in den Kommunen, also der Bemessungsgrundlage, kommt dennoch mehr Geld in unsere Kasse.

Kommen wir nun zu den wichtigsten Handlungsfeldern im Jahr 2013.

III. Die wichtigsten Handlungsfelder

1. Weiterentwicklung des schulischen Bildungssystems

Kern unseres finanziellen Engagements ist und bleiben die Schulen. Sie sind Zukunftssicherung – nicht nur persönlich für jeden Schüler, sondern auch für den Standort Main-Taunus-Kreis insgesamt. Denn die Entscheider bei Unternehmensansiedlungen, aber auch Familien, die umziehen, schauen darauf, welches Schul- und Bildungsangebot sie in einer Gemeinde, einer Stadt, einem Kreis erwartet. Daher setzen wir unser ambitioniertes Schulbauprogramm der vergangenen zehn Jahre fort. Besonderen Wert legen wir dabei auf den Ausbau der Ganztagsbetreuung und die energetische Sanierung. Letztere ist ein Beitrag zur Energiewende auf lokaler Ebene. Wir werden 2013 dazu ein langfristig tragfähiges Energiekonzept vorlegen. Die Umsetzung der Energiewende wird für die Bundesrepublik Deutschland eines der wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahre sein.

Allerdings müssen wir auch beim Schulbau einen Beitrag leisten, den Haushalt langfristig zu konsolidieren. Wir wollen daher noch nicht begonnene Vorhaben zeitlich strecken. Jährliche Investitionen von bis zu 45 Millionen Euro wie in den vergangenen Jahren werden wir nicht in gleichem Umfang leisten können. Das gehört zu den unangenehmen Wahrheiten, die wir aussprechen müssen.

Wir treten zwar einen Schritt kürzer, aber wir gehen weiter. 2013 wollen wir in den Schulen mehr als 22 Millionen Euro investieren, bis 2016 werden es dann im Durchschnitt rund 18 Millionen Euro pro Jahr sein. Bereits eingerechnet sind darin zum Beispiel die

Aufwendungen für moderne Geräte im Unterricht. Hinzu rechnen müssen wir noch Ausgaben für die Bauunterhaltung in Millionenhöhe.

Im kommenden Jahr führen wir acht Projekte fort, die bereits begonnen wurden. Gleichzeitig nehmen wir zwei neue in Angriff:

- An der Main-Taunus-Schule Hofheim wird eine zusätzliche Drei-Feld-Halle gebaut, weil die bisherige nicht ausreicht. Wie andere Hallen wird dieses Gebäude auch von Sportvereinen genutzt werden. So fördert der Main-Taunus-Kreis weiterhin die Vereine.

- In der Eddersheimer Schule sanieren wir das bestehende Gebäude. Unter anderem werden neue Fenster und Sanitäreanlagen eingebaut und eine Wärmedämmung an die Fassade gesetzt. Auch hier zeigt sich, wie wichtig wir das Energiesparen nehmen: Kaum ein Vorhaben, bei dem das nicht eine Rolle spielt. Wir senken langfristig die Verbrauchskosten und leisten einen Beitrag zum nachhaltigen Energiemanagement.

Für die kommenden Jahre stehen dann 13 weitere Vorhaben auf unserer Prioritätenliste. Es geht also weiter mit unserem Schulbauprogramm.

In seinem Engagement bei den Schulen beschränkt sich der Main-Taunus-Kreis aber nicht auf die Bauinvestitionen. Wir unterstützen Schulen dabei, ins Ganztagsprogramm des Landes aufgenommen zu werden. Außerdem arbeiten wir an der Umsetzung der Inklusion. Schrittweise werden die Schulen barrierefrei umgebaut, die neue Grundschule in Bad Soden wird von vornherein behindertengerecht errichtet. Darüber hinaus statten wir zum Beispiel die Büros der Förderzentren in Schulen aus, die in Fragen der Inklusion beraten sollen.

Die Schulgemeinden haben in Herrn Kollmeier einen verlässlichen Ansprechpartner und profitieren von seiner Erfahrung als langjähriger Pädagoge und Schulleiter. Er hat sich schon im ersten Jahr seiner Amtszeit einen exzellenten Ruf als sachkundiger und konstruktiver Gesprächspartner erworben. Für das Team an der Kreisspitze ist er ein Gewinn. Gleiches gilt im Übrigen für Frau Ingrid Hasse, die ihre Aufgabenfelder Frauen, Familien und Gleichberechtigung engagiert, entschlossen und als stets angenehme Gesprächspartnerin vertritt. Mit Herrn Kreisbeigeordneten Hans-Jürgen Hielscher indes arbeite ich schon seit vielen Jahren in einem erfolgreichen Team, und wir werden die Dinge auch weiterhin

entschlossen anpacken, um den Kreis voranzubringen.

2. Kliniken

Neben den Schulen sind es unsere Kliniken, die einen erheblichen Aufwand erfordern. Konsolidierung heißt zwar, grundsätzlich auf neue Ausgaben zu verzichten. Aber das kann nicht für unsere Kliniken in ihrer besonderen Situation gelten. Ohne Unterstützung des Gesellschafters Main-Taunus-Kreis ist das unternehmerische Konzept für den Klinikkonzern derzeit nicht tragfähig.

Wir wollen die Kliniken als kommunales Krankenhaus sichern; sie sind fachlich sehr gut positioniert, bieten eine wohnortnahe Versorgung, ein serviceorientiertes Personal und in mehreren Bereichen spezialisierte Hochleistungsmedizin – das Resultat von alledem sind zufriedene Patienten. Gleichwohl müssen sich die Kliniken in einem verschärfenden regionalen Wettbewerb bewähren, was gerade angesichts der Überregulierung im deutschen Gesundheitswesen kein leichtes Unterfangen ist. Außerdem haben umfangreiche Um- und Ausbauten, die für das Bestehen am Markt wichtig sind, Investitionen in Millionenhöhe erfordert, ohne dass der Main-Taunus-Kreis sich angemessen mit eigenen Mitteln an der Finanzierung beteiligt hat.

Um das hohe Niveau an den beiden Standorten Bad Soden und Hofheim zu sichern, hat der Kreis das Kapital der Kliniken in den vergangenen Jahren mit insgesamt 21 Millionen Euro aufgestockt. Darüber hinaus übernehmen wir anteilig den Zinsdienst für zwei im Jahr 2012 aufgenommene Darlehen, was uns im kommenden Etat mit 425.000 Euro belastet. Zudem planen wir eine „Teilschuldung“ der Kliniken in Höhe von rund 45 Millionen Euro. Dieses Schuldenpaket setzt sich zusammen aus Krediten mit unterschiedlicher Laufzeit, die längste davon endet 2050. Im Haushalt des Main-Taunus-Kreises schlägt diese Teilschuldung im Jahr 2013 mit drei Millionen Euro für Zins und Tilgung zu Buche.

Dass eine weitere finanzielle Unterstützung durch den Kreis als Träger nötig ist, wurde bei dem Sanierungsprojekt „Kliniken 2020“ deutlich. Mit Unterstützung eines krankenhauserfahrenen Beraters haben wir die Struktur der Kliniken durchleuchtet. Gemeinsam mit der Geschäftsführung, dem Betriebsrat und dem Personal wurde ein

Maßnahmenpaket geschnürt, das dazu beitragen muss, unseren Gesundheitskonzern auf gesunde Füße zu stellen. Erste Ansätze für mehr Effizienz und für Einsparungen wurden bereits verwirklicht. Ich danke an dieser Stelle der Geschäftsführung und den Beschäftigten dafür, dass sie gemeinsam mit uns diese große Herausforderung angenommen haben.

Die Sanierung muss aus eigener Kraft vorangetrieben und zum Erfolg geführt werden; mittelfristig aber müssen die Kliniken auch mit anderen Krankenhäusern intensiver kooperieren – in welcher Form genau, werden wir noch prüfen. Sicher ist: Auf sich alleine gestellt werden unsere Kliniken im Wettbewerb nicht bestehen. Auch das gehört zu den Wahrheiten, die in unseren Haushaltsdiskussionen ausgesprochen werden müssen.

Unterdessen wird beim Land Hessen über Klinik-Kooperationen im noch größeren Stil nachgedacht. Der Hessische Sozialminister Stefan Grüttner hat ein Konzept vorgelegt, um die kommunalen Krankenhäuser über einen freiwilligen Verbund auf Dauer wettbewerbsfähig zu machen. Dafür sollen die Kommunen 94 Prozent ihrer Klinikanteile auf eine Management-Holding übertragen, die selbst zu 94 Prozent einer möglicherweise vom Land gesteuerten Stiftung gehört. Die restlichen sechs Prozent an dieser Stiftung soll ein Zweckverband der Kommunen halten. In der Konsequenz würde das bedeuten: Der Main-Taunus-Kreis wäre kein Klinikträger mehr, wir hätten keinen unmittelbaren Einfluss auf unternehmerische Entscheidungen unserer Kliniken. Wie die anderen Kommunen auch würden wir bei der Steuerung gewissermaßen am Katzentisch sitzen.

Bei aller Kritik: Das Konzept aus dem Sozialministerium ist ein klares Signal des Landes für die kommunalen Krankenhäuser. Wir sind daher zu Gesprächen bereit, um unsere Kliniken als öffentlich-rechtliches Krankenhaus zu sichern. Gleichwohl wird da noch einiges nachzubessern sein. So wie das Konzept das Sozialministerium verlassen hat, wird es nach der Beratung mit den kommunalen Trägern nicht wieder hineinkommen.

Doch egal ob punktuelle Kooperationen der Krankenhäuser untereinander oder ein landesweiter Klinikverbund - der Main-Taunus-Kreis stellt dafür folgende vier Bedingungen:

1. Die wirtschaftliche Lage muss sich für alle beteiligten Häuser verbessern;

2. Unsere beiden Klinikstandorte müssen erhalten bleiben;
3. Das Personal erhält eine Beschäftigungsgarantie und
4. Die Patienten müssen weiterhin wohnortnah auf hohem Niveau versorgt werden. Ihr Wohl steht im Kern all unserer Bemühungen.

3. Verkehr

Eine besondere Herausforderung regionaler Zusammenarbeit ist der Verkehr. Die Ausgaben, die hier erforderlich sein werden, sind zwar kein Beitrag zur Konsolidierung, wohl aber eine Investition in die Zukunft. Wir müssen intelligent sparen – das heißt: wir müssen erkennen, wo Investitionen nötig sind, um unseren Standort zu sichern und weiterzuentwickeln.

Über das zentrale Verkehrsprojekt für den Main-Taunus-Kreis, die Regionaltangente West (RTW), ist dieses Jahr wieder einmal ausgiebig gesprochen worden. Dass sie wichtig für die Verbindung in der Region ist, für die Menschen und auch die Qualität des Standorts, und dass wir sie daher gerne realisiert sähen, steht außer Frage. Gleichwohl ist es eine mühevoll Arbeit, sie zu planen, wobei die Dinge in den vergangenen Jahren nur zögerlich vorangekommen sind. Immer wieder nämlich drängt sich die Frage der ungeklärten Finanzierung auf. Da wir aber das Projekt für den Verkehr von und zum Flughafen für immens wichtig halten, unterstützt der Main-Taunus-Kreis die Weiterführung der Gesellschaft und die nächsten beiden Planungsphasen.

Für die ersten beiden Planungsphasen hat der Main-Taunus-Kreis als Mitgesellschafter in den vergangenen Jahren bereits 304.000 Euro aufwenden müssen. Für die Phasen 3 und 4 bis zum Jahr 2015 entfallen auf den Kreis und die Städte insgesamt rund 3,1 Millionen Euro in unterschiedlich großen Jahrestanchen.

In besonderer Weise würden die Bürger und die Firmen im Ostkreis von der RTW profitieren, deshalb bin ich mit Herrn Bürgermeister Speckhardt über einen Einstieg der Stadt Eschborn in die Planungsgesellschaft im Gespräch. Er hat bereits einen Beitritt signalisiert; ich danke ihm für die Bereitschaft, unser Engagement für dieses Projekt zu unterstützen. Die Stadt Eschborn zeigt damit: Sie ist bereit die Bürger mit der RTW im wahrsten Sinne des Wortes voranzubringen und auch eine Führungsrolle in der Region wahrzunehmen. Wünschenswert

wäre es wenn andere Kommunen dem tollen Beispiel Eschborn folgen. Zunächst allerdings, also im Haushaltsjahr 2013, werden für die RTW 1,35 Millionen Euro fällig. Ein Eschborner Beitrag ist darin bereits eingerechnet.

Mit unserem Beitrag im Haushalt geben wir zwar grünes Licht für die Planung. Inwieweit das ganze Vorhaben aber verwirklicht wird, das steht in den Sternen. Das Projekt komplett zu verwirklichen und auch abzurechnen, bis 2019 die Bundesförderung ausläuft - das ist illusorisch. Eher können wir das Vorhaben in Etappen realisieren – nach dem Prinzip: Besser den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.

Wir brauchen ein Gesamtkonzept, wie der Rhein-Main-Verkehrsverbund sich engagiert und die Finanzierung sicherstellen will. Im Budget des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) fehlen in acht Jahren rund 100 Millionen Euro, und die RTW wird im Betrieb unterm Strich jährliche Zuschüsse von insgesamt 13 bis 20 Millionen Euro erfordern. Auf den Kreis als Gesellschafter kämen pro Jahr Belastungen in Höhe von mindestens 1,5 Millionen Euro zu.

Bei dem Gesamtkonzept ist das Land Hessen gefordert – über Investitionen, Ausfallbürgschaften beziehungsweise ein auskömmliches Budget für den RMV. Die Regionaltangente West ist das zentrale Zukunftsprojekt im öffentlichen Personennahverkehr für Frankfurt/Rhein-Main, das wirtschaftliche Zentrum des gesamten Bundeslandes. Wir zählen darauf, dass das Land hier seine Führungsrolle ausfüllt. Ohne tatkräftige Unterstützung des Landes Hessen bleibt die RTW eine nette Idee auf dem Papier.

4. Soziales

Trotz Konsolidierungskurs bleiben wir ein sozialer Kreis. Den Menschen im Main-Taunus-Kreis geht es im Großen und Ganzen sehr gut. Gleichwohl brauchen manche auch weiterhin unsere Unterstützung. Wir wollen auch im Jahr 2013 Hilfe zur Selbsthilfe geben, als Beispiel nenne ich nur unser JobAktiv-Zentrum.

Unserer größter Ausgabenposten ist traditionell der Bereich Jugend, Arbeit und Soziales, und das bleibt auch im kommenden Jahr so. Allerdings fallen hier die Mehrausgaben, gemessen an der Gesamtsumme in diesem Bereich, unterm Strich relativ moderat aus. Betrachten wir nur

die reinen Transferaufwendungen – also die Sozialleistungen – dann stagnieren die Zahlen sogar.

Für eine realistische Einschätzung müssen wir allerdings unsere Personal- und Sachkosten mit einbeziehen. Diese eingerechnet, muss der Main-Taunus-Kreis im Jahr 2013 für den Bereich Arbeit und Soziales und Jugendhilfe einschließlich der Umlage an den Landeswohlfahrtsverband (LWV) 129 Millionen Euro aufwenden. Im Vergleich zum laufenden Jahr sind das 5,1 Millionen mehr. Der Löwenanteil davon entfällt auf die drastisch gestiegene LWV-Umlage, die alleine einen Mehraufwand von fünf Millionen Euro fordert. Insgesamt überweisen wir an den LWV stattdessen 57,3 Millionen Euro. Auch das ist ein Rekord.

Das Beispiel LWV zeigt übrigens, dass die Umverteilung in Hessen funktioniert. Wir brauchen da keine weiteren Lenkungen. So sind wir dankbar, dass die Landesregierung von einer Totalrevision des Kommunalen Finanzausgleichs in der laufenden Wahlperiode abgesehen hat. Vieles an den Plänen war unausgegoren.

Doch zurück zu unseren Sozialausgaben. In der Jugendhilfe erhöht sich der Zuschussbedarf um rund 700.000 auf 26,6 Millionen Euro. Hauptursache sind steigende Fallzahlen bei der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege.

Im Bereich Arbeit und Soziales hingegen sinkt der Zuschussbedarf unterm Strich um knapp 700.000 auf 45,2 Millionen Euro. Die Entwicklungen in den verschiedenen Segmenten fallen allerdings höchst unterschiedlich aus: Während die Zahl der Menschen mit Arbeitslosengeld II annähernd stagniert, werden die Fälle beim Asyl und bei den Leistungen der Grundversorgung und den Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) zunehmen. Dass wir insgesamt dennoch entlastet werden, liegt an höheren Zuwendungen des Bundes. Er beteiligt sich an den Mehrbelastungen aus der Grundsicherung im Alter mit 75 Prozent – statt wie bisher mit 45 Prozent. Ab 2014 werden die Belastungen dann vollständig durch Bundesmittel gedeckt.

Angesichts dieser Umstände sehen Sie, dass wir in diesen Bereichen abhängig sind von den gesamtpolitischen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen und von Entscheidungen des Bundes und auch des Landes. Nehmen wir zum Beispiel die Leistungen für Asylbewerber.

2012 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Asylbewerber mehr Geld erhalten sollen; das Gericht orientierte sich dabei an den Hartz-IV-Sätzen. Für den Kreis bedeutet das: auf uns kommen 2013 Mehrausgaben in Höhe von 350.000 Euro zu. Das Land ist gefordert, die Pauschalen für die Asylbewerber so zu erhöhen, dass diese Mehrausgaben abgedeckt sind.

Gleichzeitig kommen weitere Aufgaben auf uns zu. Dazu zählt auch die Bearbeitung von Wohngeldanträgen, die wir im kommenden Jahr zusätzlich zu den bisherigen Kommunen auch für die sechs größten Städte des Kreises übernehmen. Grundlage dafür ist eine Verordnung, die derzeit beim Land vorbereitet wird.

Ungeachtet solcher organisatorischer Veränderungen und finanzieller Kritikpunkte: Der Main-Taunus-Kreis ist und bleibt nicht nur ein Ort für die vielen, denen es rundum gut geht, sondern auch ein Ort für jene, die unsere Unterstützung brauchen.

5. Verwaltung

Ein Konsolidierungsprogramm wäre unvollständig, wenn wir nicht im eigenen Haus kehren würden; kommen wir also zu den Kosten der Kreisverwaltung.

Wir wollen die Verwaltung nicht weiter vergrößern, daher werden auch weiterhin grundsätzlich keine zusätzlichen Stellen geschaffen. Wir haben zudem damit begonnen, die Verwaltung weiter zu optimieren. Da geht es um Strukturen, um den Personaleinsatz, um Arbeitsabläufe. Dazu gehört auch zu prüfen, wo und wie wir entbürokratisieren können. Wir müssen schauen, welche Standards wir in Zukunft halten und wo wir verschlanken können. Da sind insbesondere die Amtsleiterinnen und Amtsleiter zur Mitarbeit aufgefordert: denn Führung bedeutet auch, gewohnte Standards zu verändern, wenn es nötig ist.

Alle diese Prozesse brauchen ihre Zeit; wie aufwändig so etwas sein kann, sehen wir derzeit im Amt für Arbeit und Soziales mit seinen vielfältigen Aufgaben. Erste Zwischenergebnisse werden wir im Frühjahr 2013 haben. Für solche umfangreiche Prozesse ist es wichtig, dass sich der Kreistag im Ziel einer effizienten Verwaltung einig ist. Diesen Konsens haben wir, und für diese Unterstützung danke ich Ihnen.

Trotz aller organisatorischen Bemühungen ist der Main-Taunus-Kreis aber auch abhängig von Kostenentwicklungen, die zum Beispiel auf Tarifierhöhungen folgen. Die Abschlüsse im öffentlichen Dienst hätten uns im kommenden Jahr fast zwei Millionen Euro zusätzlich gekostet. Mit einem optimierten Einsatz von Personal aber können wir die Mehrkosten auf 1,8 Millionen drücken.

Zu den Aufwendungen der Verwaltung gehören auch die Sachkosten. Sämtliche Ämter wurden im Haus angehalten, zu sehen, wo noch gespart werden kann. Auf diese Weise werden wir die Sachkosten im Haushalt 2013 senken können, beispielsweise werden wir alleine für Drucken und Kopieren voraussichtlich 40.000 Euro weniger aufwenden.

Wir dürfen allerdings bei alledem nicht vergessen, dass die Kreisverwaltung nicht nur Kosten verursacht, sondern auch Leistung bringt. Wir setzen dabei auf sehr gut ausgebildete, auf dem neuesten Stand fortgebildete, hoch qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ihr Engagement ist Garant für gute Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Für ihren Einsatz, gerade unter den Zwängen eines Konsolidierungsprogramms, gebührt ihnen unser aller Dank.

IV. Ausblick

Nachdem wir einen Blick auf die wichtigsten Handlungsfelder für 2013 geworfen haben, bleibt die Frage, wie es in den Jahren über 2013 hinaus weitergeht. Als Näherungswert dienen uns auch dieses Mal die Orientierungsdaten der Landesregierung. Diese Daten für die Jahre 2014 bis 2016 stimmen optimistisch, vielleicht zu optimistisch. Wir haben die Erwartungen etwas niedriger geschraubt, damit der Schock nicht allzu groß ist, falls sich die Realität doch anders entwickelt als vorhergesagt.

Unwägbarkeiten sehen wir genug: Die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs ist noch nicht beschlossen; außerdem können wir nicht präzise vorhersagen, wie sich die Lage in den Kliniken oder die allgemeine Wirtschaftslage wirklich entwickeln wird.

Nach den Orientierungsdaten wird es möglich sein, ab 2014 die Haushalte auszugleichen. Die Steuereinnahmen der Kommunen steigen demnach bis 2016 kontinuierlich und damit

auch unsere Einnahmen aus der Kreisumlage. Nach unserer Schätzung, die gegenüber derjenigen des Landes noch moderat ist, rechnen wir mit einem durchschnittlichen Plus von rund fünf Prozent pro Jahr.

All diese Mehreinnahmen liefern eine Grundlage für unsere Investitionen. Schule und Bildung werden auch in den Jahren bis 2016 Priorität haben, besonders der Ausbau des Ganztagsangebots und die energetischen Sanierungen. Es wird eine Herausforderung sein, gleichzeitig die Nettoneuverschuldung weiter zu senken. Mit hemmungslosem Schuldenmachen würden wir unsere Kinder und Kindeskiner belasten, und das kann nicht unser Ziel sein. In guten Zeiten müssen wir unsere Hausaufgaben machen und daran arbeiten, die Schulden zu begrenzen. Der Haushaltsentwurf 2013 erfüllt diesen Auftrag.

Unser Main-Taunus-Kreis ist leistungsfähig. Diese Leistungsfähigkeit zu erhalten, das ist unsere Aufgabe, und dazu weist der Etatentwurf den Weg.

Die Haushaltsrede im vergangenen Jahr wurde gehalten vor dem Hintergrund zunehmender Staatsschulden und der gerade ausgebrochenen Griechenland-Krise. Jetzt wird immer noch über die Lage in der Euro-Zone diskutiert, aber kürzlich wurde der so oft gescholtenen EU der Friedensnobelpreis zugesprochen. Er lenkt den Blick auf das, was Europa zusammenhält: Tradition und der Geist von Freiheit und Demokratie. Und genauso wie der Friedensnobelpreis Europa ermahnt, sich auf seine Stärken zu besinnen, sollte die verbesserte Haushaltslage 2013 im Main-Taunus-Kreis den Blick auf unsere eigenen Stärken lenken.

Wir haben eine hervorragende Lage in der wirtschaftsstarken Region Frankfurt/Rhein-Main, die Menschen leben hier in der übergroßen Mehrheit gerne und sehr gut, und wir haben Kreistagsfraktionen, die über Parteigrenzen hinweg bereit und in der Lage sind, an einem Strang zu ziehen, wenn es um die Sicherung der Zukunft unseres Main-Taunus-Kreises geht. Diese Konsensbereitschaft, dieser Wille zur konstruktiven Zusammenarbeit, zeichnet uns aus.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Zustimmung für diesen Haushaltsentwurf 2013 und wünsche uns allen sachorientierte und erhellende Beratungen.

Das Amtsblatt ist das amtliche Verkündungsorgan des Main-Taunus-Kreises. Es erscheint je nach Bedarf in unregelmäßiger Folge. Bezug kostenlos bei der Kreisverwaltung des Main-Taunus-Kreises in 65719 Hofheim,
Am Kreishaus 1-5, Telefon 06192/201-0